Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 7.50.

Die Morgen-Ausgabe erscheint um ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags um 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannesgasse 8.
Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und Amtsgerichtes Leipzig, des Rathes und Polizei-Amtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 20 Pfg.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig

№ 115. **Mittwoch** den 4. März 1896. 90. Jahrgang.

Zur Eröffnung der italienischen Kammersitzungen.

Wir Deutsche sehen dem am Donnerstag stattfindenden Wiederbeginn der Sitzungen der italienischen Deputirtenkammer diesmal mit ernster Sorge und mit einer Spannung entgegen, die wir kaum den Sitzungen unseres eigenen Parlaments widmen. Denn es entspricht dem deutschen Charakter, für Freunde ein besonders herzliches Empfinden zu hegen und zu äußern, wenn sie sich in schwieriger Lage befinden. Und so denken wir in diesen Tagen besonders des italienischen Ministerpräsidenten und des uns so überaus sympathischen Königs Humbert. Durch die immer schwieriger sich gestaltende Situation auf dem abessinischen Kriegsschauplatze ohnehin bekümmert, werden diese Männer mit banger Sorge der weiteren Verwickelung und Verschlimmerung der Lage entgegensehen, die sich durch den Verlauf der Kammersitzungen ergeben mag.

Denn es sprechen allerdings vielerlei Anzeichen dafür, daß die Debatten in der italienischen Kammer sehr stürmisch verlaufen werden und den Sturz des Ministerpräsidenten herbeiführen können. Schon im December setzte die Opposition Herrn Crispi sehr heftig zu, und jetzt wird sie, da sie durch einige Collegen Crispi's unterstützt wird und da die Operationen in Afrika einen immer ungünstigeren Verlauf nehmen, den Kampf gegen den den Conservativen wegen seiner Vergangenheit, den Radicalen wegen seines „dictatorischen" Verhaltens verhaßten Crispi mit besonderer Energie fortführen. Und es ist zuzugeben, daß dem Ministerpräsidenten ein schwerer Vorwurf zu machen ist. Um die Finanzkraft des Landes nicht allzu sehr anzugreifen, hat er halbe Maßregeln ergriffen, und so hat er ebenso Diejenigen aufgebracht, die um der Wiederherstellung des finanziellen Gleichgewichts willen geneigt wären, Erythräa aufzugeben, wie Diejenigen, die erkennen, daß der Rückzug aus der afrikanischen Colonie oder auch nur ein ungünstiger Friede mit Menelik das Ansehen Italiens unheilbar schädigen würden.

In Folge der halben Maßregeln ist nun einerseits sehr viel Geld ausgegeben worden, andererseits hat sich die militairische Situation andauernd verschlimmert. Seit der Vertagung der Kammer ist Makalle gefallen, die Eingeborenen sind zum Theil aufständisch geworden, die Derwische sind vor Kassala erschienen und General Baratieri hat sich mit dem Verlust der gesammten Gebirgsartillerie nach Aufgabe seiner festen Stellung bei Enticcio vor der Uebermacht der Schoaner flüchtähnlich nach Norden zurückziehen müssen. Gelingt es trotzdem den Italienern, rasch einen erheblichen Erfolg zu erzielen, so mag es Crispi gelingen, den Sturm im Parlament zu beschwören. Es ist aber leider ebenso möglich oder vielmehr noch wahrscheinlicher, daß die Italiener auch auf einem andern Theile des Kriegsschauplatzes eine Schlappe erleiden, daß entweder die Truppen, die von Massaua nach dem Kampfescentrum marschiren, einzeln abgefangen werden, oder daß Kassala eingenommen wird, oder gar, daß dem Hauptheere ein noch schwereres Unglück zustößt. In diesen Fällen wäre das Schicksal Crispi's besiegelt. Vielleicht genügt schon das schlimme Fiasco Baratieri's. Wie allen romanischen Völkern ist es auch den Italienern nicht gegeben, den Kopf oben zu behalten, die Leidenschaft verlangt nach einem Opfer, und dieses Opfer würde naturgemäß der leitende Staatsmann sein. Es würde vergeblich sein, daß Crispi die Opposition darauf hinweisen könnte, daß die Rücksicht auf ihr Geschrei wegen der schwierigen finanziellen Lage ihn gehindert habe, mit der Energie vorzugehen, die seinem Charakter und seinen Wünschen entsprochen hätte, wenn die Leidenschaften einmal erhitzt sind, verlieren die Vernunftgründe ihre Geltung, der Erfolg wird belohnt, der Mißerfolg wird als Verbrechen angesehen.

Und das war Crispi's Fehler, daß er den Erfolg nicht in seinem Bann gezwungen hat. Die immer schwieriger sich gestaltende Situation hätte ihn schon im Januar berechtigt, die geforderten Credite zu überschreiten, um große Truppenmassen nach Afrika zu werfen, und dann bei Wiedereröffnung der Kammern Indemnität nachzusuchen. Wenn General Baratieri schon vor sechs Wochen die Truppenmassen zur Verfügung gehabt hätte, die man erst in etwa drei Wochen in den Kampf werden eingreifen können, so hätte er einen entscheidenden Erfolg bereits erzielen können. Und von der Wirkung dieses Erfolges unterstützt, hätte Crispi ebenso leicht oder noch leichter seinen Frieden mit dem Parlamente machen können, wie Bismarck nach dem Kriege von 1866. Es ist nicht immer nur ein leichtsinniger Spieler, der Alles auf eine Karte setzt; auch ein vorsichtiger Politiker wird wohl einmal durch die Umstände dazu gezwungen. Dann thut er aber richtig daran, wenn er den großen Einsatz macht, bevor die Partie sich ungünstig stellt. Bismarck wagte im Jahre 1866 zur rechten Zeit den großen Wurf, Crispi hat durch sein Zögern die Aussicht auf den Erfolg verringert.

Zweifellos aber würden sich die Chancen des Erfolges noch ungünstiger stellen, wenn entweder das Parlament Crispi's Sturz herbeiführte, oder Crispi sich genöthigt sähe, durch die Auflösung des Parlaments einen letzten Versuch zu machen, am Ruder zu bleiben. Die letztere Eventualität wäre immerhin noch die günstigere, aber sie wäre noch immer schlimm genug, denn die Unsicherheit und Aufregung des Wahlkampfes würde die Stellung Italiens noch mehr erschüttern, als es leider durch die bisherigen Mißerfolge schon geschehen ist, und die Thatkraft der Regierung würde durch die inneren Wirren gehemmt werden. Jetzt ist es aber wahrlich höchste Zeit, alle Spannkraft auf ein Ziel, die Niederwerfung des äußeren Feindes, zu richten.

Darum wünschen wir als treue Freunde Italiens von Herzen, daß die italienischen Parlamentarier Einkehr bei sich halten und die politische und persönliche Verbitterung dem patriotischen Empfinden weichen lassen mögen. Mag man Crispi vorwerfen, was immer man will: man möge doch ja bedenken, daß er die einzige Persönlichkeit in Italien ist, die den politischen und den — finanziellen Credit des Landes im Auslande noch immer aufrecht erhält. Wer ihn in dieser schweren Zeit zu stürzen wagt, nimmt eine so ungeheure Last von Verantwortung auf sich, wie sie nur von dem höchsten Muth oder dem höchsten Leichtsinn getragen werden kann. Wenn die Gegner Crispi's diesen höchsten Muth besitzen, wenn sie das sichere und berechtigte Selbstgefühl in sich haben, es besser machen zu können, dann allen Respect vor ihnen. Wenn sie es aber wagen sollten, ihn aus Rachsucht oder Leichtsinn zu stürzen, dann verdienen sie, vom tarpejischen Felsen herabgestürzt zu werden, wie die Meineidigen im alten Rom. Denn ein Volksvertreter, der in schwerer, trüber Zeit sich bei schwerwiegenden Entschlüssen von üblen Instincten leiten läßt, bricht den Eid, den er Kraft seines heiligen Amtes in äußerer Form oder in seinem Innern zu leisten hat: für seines Volkes Wohl einzustehen.

Deutsches Reich.

C. H. **Berlin**, 2. März. Es ist unbestreitbar, daß man in einem großen Theil der deutschen Presse und des Publicums Forderungen für Neubauten von Kreuzern viel sympathischer gegenüberstehe als solchen für weitere Vermehrung der Panzerflotte. Der mächtig emporblühende deutsche überseeische Handel hat in der letzten Zeit öfter Gelegenheit gehabt, den Nutzen der schnell fahrenden Kreuzer kennen zu lernen; wie die Verhältnisse heute liegen, kann der deutsche überseeische Handel nur dann mit Erfolg sich weiter entwickeln, wenn er gestützt wird durch eine hinreichend starke Kreuzerflotte. Ganz verkehrt aber ist es, wenn man bei der Bereitwilligkeit, die Kreuzerflotte zu vermehren, die Panzer als für Deutschland entbehrlich bezeichnet. Alle competenten Kreise sind darin einig, daß Panzer und Kreuzer einander ergänzen müssen. Eine Kreuzerflotte, die des Stützpunctes einer Panzerflotte entbehrt, ist auch für uns Deutsche fast werthlos. Gewiß werden wir bei Verwickelungen überseeischer Natur zuerst auf unsere Kreuzer recurriren müssen; sie sind schnell zur Stelle und können dem feindlichen Lande etliche Tage hindurch großen Schaden zufügen; haben wir es aber mit einem Gegner zu thun, der über Panzer verfügt, so wird durch letztere der Seekrieg zu Gunsten der feindlichen Macht entschieden werden, wenn uns nicht gleichfalls Panzer zur Verfügung stehen. Immer muß man sich vor Augen halten, daß der ungeschützte Kreuzer gegen den Panzer durchaus wehrlos ist; er bricht unter dem Feuer des Panzers förmlich zusammen; die Granate des Panzers durchschlägt ihn, während seine Geschosse dem Panzer nichts anhaben können. In der vielbesprochenen Schlacht am Jalufluße wurde der Sieg trotz der weitaus überlegenen japanischen Taktik in Frage gestellt, weil die japanischen Kreuzer mit den beiden in Stettin erbauten chinesischen Panzern nicht fertig werden konnten. In der Militairischen Gesellschaft hat dieser Tage der Capitain zur See v. Ahlefeld, Decernent im Obercommando der Marine, ein frei erfundenes Seegefecht zwischen einem großen Kreuzer und einem kleinen Panzer geschildert. Der Redner kam zu dem Resultat, daß der Kreuzer nach wenigen Minuten untergehen müsse. Der berühmteste amerikanische Marineschriftsteller, der Capitain der Marine A. C. Mahan, hat sich in seinem interessanten Buch „Der Einfluß der Seemacht auf die Geschichte" über den militairischen Werth des Kreuzerkrieges wie folgt ausgelassen: „Ein Kreuzerkrieg kann nicht selbstständig geführt werden und er bedarf eines Stützpunctes, um einen militairischen Ausdruck zu gebrauchen. Seiner Natur nach flüchtig, kann er sich nicht weit von seiner Basis aus erstrecken. Die Basis muß entweder ein Heimathshafen sein, oder irgend ein sicherer Außenposten der nationalen Macht, zu Land oder zur See, eine entfernte Besitzung oder eine mächtige Flotte. Wenn ein solcher Stützpunct fehlt, kann der Kreuzer nur schnell auf kurze Entfernung aus dem Heimathshafen hervorbrechen, und seine Schläge werden, wenn auch schmerzlich, so doch nicht verhängnißvoll sein. Eine reine Kreuzerkriegführung, die sich nicht auf mächtige Geschwader stützt, verwundet nur, tödtet nicht; ja man darf wohl sagen, daß sie nutzlose Leiden verursacht." Die Japaner haben längst eingesehen, daß sie mit Kreuzern allein nichts ausrichten können; der dem Landtage vorgelegte Plan sieht eine ganz bedeutende Vermehrung der Panzerflotte voraus. Es sollen gebaut werden: 4 große Geschwader-Panzer von 15 000 t (17,5 Knoten Geschwindigkeit), 4 mit Panzerdeck versehene, aber keinen Seitenpanzer führende Kreuzer I. Classe von 7500 t (21 Knoten Geschwindigkeit), 3 geschützte Kreuzer II. Classe von 4850 t (22,5 Knoten Geschwindigkeit), 2 geschützte Kreuzer III. Classe von 3200 t (20 Knoten Geschwindigkeit), 3 Torpedokreuzer von 1200 t (21 Knoten Geschwindigkeit), 1 Torpedodepotschiff von 6750 t (20 Knoten Geschwindigkeit) 11 Torpedobootsjäger von 254 t (30 Knoten Geschwindigkeit), 23 Torpedoboote I. Classe von 1201 (24 Knoten Geschwindigkeit), 31 Torpedoboote II. Classe von 84 t (22 Knoten Geschwindigkeit), 35 Torpedoboote III. Classe von 54 t und 21 Knoten Geschwindigkeit. Im Bau ist bereits das Schlachtschiff „Huje", das eine Länge von 114 m, eine Breite von 22 m und einen Tiefgang von 8 m haben soll. Das Deplacement wird 12 650 t betragen.

△ **Berlin**, 3. März. An die Mittheilung, daß der Bundesrath dem Antrage Preußens wegen Regelung der Arbeitsverhältnisse in Bäckereien und Conditoreien im Wesentlichen zugestimmt habe, ist in der Presse abermals der Zweifel an der formellen Berechtigung einer solchen Verordnung geknüpft worden. Es ist dies ein unnützes Beginnen, denn § 120e der Gewerbeordnung stellt das Recht des Bundesraths außer Frage, für Gewerbe, in welchen durch übermäßige Dauer der täglichen Arbeitszeit die Gesundheit der Arbeiter gefährdet wird, Anordnungen hinsichtlich der Arbeitszeit zu erlassen. Ob dafür in einem Gewerbe die vom Gesetze geforderte Voraussetzung, die Gefährdung der Gesundheit der Arbeiter, gegeben ist, unterliegt ohne Zweifel gleichfalls nur der Beurtheilung des Bundesraths. Steht dies fest, so ist es gleichwohl nicht richtig, wenn in der Presse, anscheinend officiös, bemerkt wird, mit dem Bundesrathsbeschlusse über die Regelung der Arbeitsverhältnisse in den Bäckereien und Conditoreien würde „durchaus kein neuer Weg der Gewerbeverwaltung" beschritten, da der Bundesrath bereits die Arbeitszeit in den Bleifarben- und Bleizuckerfabriken geregelt habe. Zwischen den beiden Anordnungen würde ein Unterschied aus zwei Gesichtspuncten sich ergeben. Die letztgenannten Betriebe sind Großbetriebe, die Bäckerei und Conditorei wird fast ausschließlich handwerksmäßig betrieben, und die Arbeit in Bleifabriken ist an sich gesundheitsschädlich, während die in den Bäckereien einem Gutachten des Reichsgesundheitsamtes zufolge es an sich nicht ist.

‡ **Berlin**, 3. März. Vor Kurzem ist auf den bemerkenswerthen Umstand verwiesen worden, daß die Getreide-Zufuhren der nordamerikanischen Farmer an den offenen Markt anscheinend planmäßig geleitet werden, derart, daß nach der Ernte nur ein Theil derselben, der andere erst im Winter nach und nach zum Angebot gelangt. Die preishaltende Wirkung dieses Verfahrens ist zu nun nicht mehr zu verkennen, und um so mehr verdient das Beispiel Beachtung auf Seiten unserer eigenen körnerbauenden Landwirthe. In welchem Umfange die Farmer des Westens der Union die Ernteworräthe zurückgehalten haben, erweisen die letzten Meldungen von drüben. Obwohl die Ernte 1895 nach der Menge den beiden vorausgegangenen Ernten mindestens ebenwerthig gewesen, war 1893 und 1894 die Zufuhr seitens jener Farmer im Westen unmittelbar nach der Ernte so stark betrieben worden, daß nach Neujahr z. B. in den letzten Januar- und den ersten drei Februarwochen zusammen nur noch 810 000 bez 560 000 Quarters Weizen angeboten werden konnten, im gleichen Zeitraum dieses Jahres aber 1 365 000 Quarters! Um so viel weniger war in den Herbstmonaten 1895 zu Markt gebracht und diese, man möchte glauben, organisirte Ablieferung je nach dem Bedarf des Marktes, statt nach dem Vorrath der Producenten, hat dann ihren bleibenden Einfluß dahin geübt, daß die Farmer zu angemessenem Preise verkaufen konnten und noch können. Indessen besteht auch die Thatsache fort, daß das Angebot der Landwirthe der Union zurückweicht, weil der Eigenbedarf des Landes mehr erfordert. Die „sichtbaren Vorräthe" an Weizen in der Union bezifferten sich am 22. Februar 1896 auf 95,4 gegen 100,4 Millionen Bushels zur gleichen Zeit 1895, obwohl die letzte Ernte vielleicht noch ergiebiger war, als die vorletzte. Wenn dem Weltmarkt dennoch 5 Proc. weniger zur Verfügung stehen, kann dies nur in dem gesteigerten Verbrauch des Landes selbst sich erklären.

Y. **Berlin**, 3. März. (Telegramm.) Der **Kaiser** unternahm gestern Nachmittag einen Spazierritt. Zur Abendtafel waren der Prinz und die Prinzessin Friedrich Leopold, sowie Prinz Ernst von Sachsen-Weimar geladen. Um 8 Uhr begab sich der Kaiser und die Kaiserin nach dem Opernhause. Heute Vormittag machte das Kaiserpaar von 9 Uhr ab den gewohnten Spaziergang durch den Thiergarten. Nach dem königlichen Schlosse zurückgekehrt, hörte der Kaiser die Vorträge des Chefs des Ingenieurcorps, General Golz und des Chefs des Militair-Cabinets, empfing um 11½ Uhr den neuernannten großbrittannischen Militair-Attaché Oberstlieutenant Grierson in Audienz und nahm um 1 Uhr militairische Meldungen, sowie die Rapporte der Leib-Regimenter entgegen. Nachmittags gedenkt der Kaiser einem Spazierritt zu unternehmen und Abends um 7 Uhr einem Diener der Artillerie-Prüfungs-Commission, anläßlich der Einweihung des Gebäudes in der Kaiser-Allee 124/125, beizuwohnen.

= **Berlin**, 3. März. (Telegramm.) Das „**Marine-Verordnungsblatt**" veröffentlicht anläßlich des Todes des Staatsministers a. D. **v. Stosch** eine Allerhöchste Ordre an den Reichskanzler, durch welche die Anlegung einer dreitägigen Trauer für die Officiere der ganzen Marine und einer achttägigen für das Schulschiff „Stosch" verfügt wird, außerdem zur Beisetzung die Entsendung einer Abordnung des See-Officiercorps und des 1. Seebataillons, sowie für das Schulschiff „Stosch" das Setzen der Flagge auf Halbstock bis nach der Beisetzung verfügt wird.

C. H. **Berlin**, 3. März. (Privattelegramm.) Zur Gesandtschaft in Teheran ist Premierlieutenant **Ingenohl** vom 27. Feldartillerie-Regiment commandirt. Oberstlieutenant **Graf Schmettau** ist vom Commando als Militairattaché bei der Gesandtschaft in Brüssel entbunden, sein Nachfolger ist **Graf Haeke** vom großen Generalstabe geworden.

— Für den Kaiser ist auf seine Anweisung eine Karte hergestellt worden, auf welcher im Anschluß an die Darstellung des allgemeinen Eisenbahnnetzes die vor dem Inkrafttreten des Kleinbahngesetzes vorhandenen, die seitdem in Betrieb gesetzten oder genehmigten Kleinbahnen, sowie diejenigen Linien eingezeichnet sind, deren Zulassung als Kleinbahnen zwar ausgesprochen ist, welche aber die staatliche Genehmigung noch nicht erhalten haben.

— Im „Berl. T." wird mitgetheilt, das General von Stosch schon in den siebziger Jahren begonnen habe, Memoiren niederzuschreiben, die in den achtziger Jahren vollendet worden seien.

— Die „Voss. Ztg." unterrichtet ihre Leser an der Hand der antisemitischen „Tägl. Rundsch." über die „trostlosen Zustände" in der nationalliberalen Partei. Aber Tantchen!

— Wir haben die Erklärung mitgetheilt, die der Berliner deutschconservative Parteirath in der Angelegenheit des Herrn Stöcker gefaßt hat. Jetzt schreibt das „Volk": „Der Parteirath ist, wie wir unseren Lesern in der Provinz gegenüber erklärend hinzufügen müssen, die weitere Vertretung des Berliner conservativen Wahlvereins. Die Mitglieder des Raths werden nicht gewählt, sondern vom Vorstande berufen. Diesmal war der Parteirath anders zusammengesetzt, als früher, indem den als Christlich-Sociale bekannten früheren Mitgliedern eine Berufung nicht zugegangen war."

— Auf die Stellung der Socialdemokratie zu Religion und Kirche, die diplomatische „Genossen" bei Gelegenheit, namentlich in Versammlungen evangelischer Arbeitervereine, als überaus harmlos zu schildern lieben, fällt durch nachstehende, dem „Borw." entnommene Gerichtsverhandlung wieder einmal das rechte Licht:

„Beschimpfung einer Einrichtung der christlichen Kirche wurde dem Komiker Hermann Lewandowski zur Last gelegt, welcher gestern dieserhalb vor der III. Strafkammer des Landgerichts I stand. Am 25. September v. J. hielt ein socialdemokratischer Discutir- und Leseclub einen Unterhaltungsabend ab, zu welchem außer den Mitgliedern auch Gäste Zutritt hatten. Der Angeklagte hielt bei dieser Gelegenheit einen Vortrag, der darin bestand, daß auf das apostolische Glaubensbekenntniß in komischer Weise Bezug genommen wurde. Da die Verhandlung „im Interesse der öffentlichen Ordnung" bei verschlossenen Thüren geführt wurde, so müssen wir uns auf die Wiedergabe des Urtheils beschränken. Während der Staatsanwalt eine Gefängnißstrafe von drei Monaten beantragt hatte, folgte der Gerichtshof den Ausführungen des Rechtsanwalts Heine und fällte ein freisprechendes Urtheil in Betreff der Beschimpfung. Eine solche liege nicht vor, wohl aber ein höchst unpassender Scherz, der das religiöse Gefühl einzelner Zuhörer verletzen konnte und auch verletzt habe. Hierin sei ein grober Unfug zu erblicken, den der Gerichtshof mit einer Geldstrafe von 30 ℳ geahndet habe."

— Eine neue socialdemokratische Organisation an Stelle der aufgelösten Wahlvereine ist gestern unter dem Namen „Socialdemokratischer Verein „Vorwärts" ins Leben gerufen worden. Die constituirende Versammlung fand bei ziemlich lebhafter Betheiligung im Berliner Prater statt. Der von einer am 11. Februar gewählten Commission vorgelegte Statutenentwurf wurde ohne Debatte genehmigt. Demnach bezweckt der neugegründete Verein „die Aufklärung der arbeitenden Bevölkerung auf socialpolitischem und wissenschaftlichem Gebiete durch Vorträge und Veranstaltungen künstlerischer und wissenschaftlicher Natur, ferner die Herausgabe und Verbreitung socialdemokratischer Literatur, endlich die Pflege der Solidarität. Mitglied kann Jeder werden, der sich zu den Grundsätzen des socialdemokratischen Parteiprogramms bekennt. Die Mitgliedschaft ist nicht an einen bestimmten Wohnsitz gebunden.

* **Aus Nordschleswig**, 2. März. Wie man der „Post" schreibt, ist der moralische Eindruck des Zusammenbruchs in der von dem verstorbenen Landtagsabgeordneten Lassen-Lydabbel verwalteten Communalcasse sehr tief. Bisher galt die Insel Alsen für die Hochburg der dänischen Agitation in jenem Grenzlande; dort nahmen neuerdings die dänischen Stimmen zu, deren Schwund auf dem Festlande für die Kopenhagener Presse einen Gegenstand der Bekümmerniß bildete. Aber neuerdings sind verschiedene Umstände gerade auf dieser Insel dem Dänenthum hinderlich gewesen. Vor einem reichlichen halben Jahr trat in der von den Dänen beherrschten Sonderburger Sparcasse eine Katastrophe ein; verdrossen hat auf Alsen außerdem, daß für die Mandatsnachfolge des verstorbenen Herrn Lassen Herr Reichstags- und Landtagsabgeordneter Johannsen einen Candidaten aus dem nordschleswigschen Festlande statt des von den „Alsingern" gewünschten sundewittischen Hofbesitzers durchgesetzt hatte. Bei dem Charakter der dortigen Bevölkerung wird der Eindruck dieser Vorgänge in absehbarer Zeit nicht so leicht zu verwischen sein.

* **Aus Mecklenburg**, 2. März. Die mecklenburgische Rechtspartei hatte sich in Ausführung des weißischen Beschlusses einer vorjährigen Versammlung an die beiden mecklenburgischen Regierungen gewandt mit dem Ersuchen um Anerkennung als politische Vereinigung im Sinne des Landesgesetzes von 1851. Dieses Ansuchen haben beide Regierungen zurückgewiesen.

* **Thorn**, 2. März. Der „Gazetta Toruńska" wird aus Berlin gemeldet, daß die Sprachenangelegenheiten auf kirchlichem Gebiete Veranlassung zur Romreise des Cardinals Kopp, des Fürstbischofs Tuzyma zu Krakau und des Erzbischofs Dr. v. Stablewski seien.

* **Duisburg**, 2. März. Unter dem Vorsitze des Herrn D. Bädeker-Essen fand hier kürzlich eine Sitzung des niederrheinisch-westfälischen Gauverbandes der Deutschen Colonialgesellschaft statt. In derselben waren vertreten die Abtheilungen Essen, Duisburg, Mülheim a. R., Hattingen, Dortmund, Crefeld und Düsseldorf. Den Hauptgegenstand der Berathungen bildete die Frage der Verstärkung der deutschen Kriegsmarine, hinsichtlich deren folgender Beschluß gefaßt wurde:

„Der Niederrheinisch-Westfälische Gauverband ist fest überzeugt, daß die Deutsche Colonialgesellschaft unter Führung ihres Präsidenten, des Herzogs Johann Albrecht zu Mecklenburg, und unter Mitwirkung der hochverdienten Männer des Präsidiums, des Prinzen Arenberg, des Grafen Arnim-Muskau, des Staatsministers v. Hofmann und des Herrn Geheimrath Sonnen, welche seit langen Jahren in erfolgreichem Zusammenwirken ihre Kräfte der colonialen Sache widmen, auch für die zeitgemäße Ausgestaltung der deutschen Kriegsflotte mit bewährter Stetigkeit und weitblickender Umsicht eintreten wird. Jedenfalls darf die Centrale versichert sein, daß der Niederrheinisch-Westfälische Gauverband in den Forderungen des Marineetats für 1896/97 das Mindestmaß von Aufwendungen erblickt, deren das deutsche Reich bedarf, um die Aufgaben zu erfüllen, welche seine Weltmachtstellung ihm zum Schutze seines Handels und seiner überseeischen Besitzungen sowie im Falle eines Krieges zur Selbsterhaltung auferlegt. Der Gauverband verkennt dabei nicht die Nothwendigkeit einer weiteren planmäßigen Ausgestaltung und Vermehrung der deutschen Kriegsflotte."

T. **Weimar**, 3. März. Die gestrige Sitzung des Landtags war durch zwei Verhandlungs-Objecte von Interesse. Zunächst die eine Interpellation bezüglich der im Großherzogthum belassenen concessionirten königlich sächsischen Lotterie, welche dem Staat pro anno nur 1500 ℳ Gewinnantheil zufließen. Der Interpellant erneuert die schon früher und bei Gelegenheit Proposition: das Staatsministerium möge die Einführung einer eigenen Landes-Lotterie für Sachsen-Weimar in Erwägung ziehen oder aber eine gemeinsame Lotterie aller Staaten ins Auge fassen. Sodann waren von allgemeinem Interesse die Angaben über das „Rückerlager Thüringen", dem für die nächsten drei Jahre eine Staatsrente von je 2500 ℳ zugebilligt wurde und welches sich in Weise entwickelt hat. Der Verein zählt nämlich 30 Filialen (15 in Europa, 5 in Amerika, 3 in Australien) und steht mit 160 Firmen in festen geschäftlichen Beziehungen gegangen sind vom Juli 1895 bis Mitte Januar 1896 Correspondenzen und 4880 sind abgesendet. Von der Regierung ist dem Verein für die nächsten Jahre pro anno 2000 ℳ gewährt, mit dem sich die Einnahmen decken lassen. Freilich betrug bis jetzt die Ausgabe [illegible]

* **Nürnberg**, 2. März. Die bereits erwähnte Verurtheilung gegen den socialdemokratischen Agitator und socialdemokratischen Blattes, Buchdruckereibesitzer [illegible] mit der Verurtheilung Oertel's wegen Erpressung